

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
33 (1919)**

215 (14.9.1919)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-41304](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-41304)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis bei Vorauszahlung für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.10 Mark, bei Abholen von der Expedition 1.80 Mark, durch die Post bezogen vierteljährlich 6.30 Mark, monatlich 2.10 Mark auswärts 2.50 Mark.

Republik

Bei den Inserenten wird die einpennige Kleinzeile oder deren Raum für die Inserenten in Kämpfer-Deichmanns und Ullrichs, sowie der Filialen mit 40 Pf. berechnet, für auswärtige Inserenten 60 Pf., bei Wiederholungen entsprechender Rabatt. Reklamazeile 2 Mark. Druckvorarbeiten unentgeltlich.

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg und Ostfriesland

Hauptredaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 5

Rüstringen, Sonntag, den 14. September 1919

Redaktion: Peterstraße 76, Fernsprecher Nr. 1068

Clemenceau besteht auf seinem Schein!

Wehret den Anfängen!

Vor einigen Tagen teilten wir einen Fall mit, wonach ein Major Range wegen seiner Zugehörigkeit zum republikanischen Führerkreis von dem kommandierenden brandenburgischen Reichswehrbrigade gemahnt worden ist. Selbstoffiziell war dazu gemeldet worden, daß der entlassene Major von der mecklenburgischen Regierung mit der Organisation des dortigen Polizeiwesens beauftragt worden und somit alle die Angelegenheit sehr zu dessen Gunsten beigelegt sei.

Dieses forderbare Sitzungsprotokoll einer von der Regierung inspierten Korrespondenz wurde uns berathigend an den Tag, an dem eine besondere Bemerkung unserer Verwunderung darüber Ausdruck geben und im Anschluß daran die Frage aufwerfen, ob denn dem Reichswehrminister unterstehende Kommandos einfach eigenmächtig und ungefragt Angehörige der Reichswehr wegen ihrer politischen Überzeugung maßregeln dürfen. Noch dazu wegen Verletzung einer politischen Überzeugung, die gegenwärtig die Überzeugung der ganzen Regierung ist.

Ungefragt! Das ist's, worauf wir besonderen Nachdruck legen möchten. Schon deshalb, weil aus den letzten Tagen ein zweiter solcher Fall bekannt ist. So veröffentlichte der Vorwärts unlängst eine Anklage eines Offiziersstellvertreters Neuenhof von Reichswehregiment 29 gegen den Kommandeur der Reichswehrbrigade, den Obersten Reinhard. Dieser nenne die Regierung öffentlich Geinell und entferne republikanisch gesinnte Offiziere und Mannschaften. Der Vorwärts verlangte, daß infolge dieser Veröffentlichung jede Maßregelung unterbleibe. Was aber geschah? Höchst persönlich teilte der Oberst dem Vorwärts brieflich mit, daß er Neuenhof durch Dienstentlassung gemahnt habe. Unbedenklich machte er noch eine Reihe ähnlicher Fälle gegenüber der Vorwärtsredaktion. Auch dieser Fall zeigt, daß der Volksgaß von heute bei einzelnen militärischen Machthabern eine sehr verbotene Sache ist und daß je unter der schweigenden Duldung des Reichswehrministers sich Dinge herausnehmen, die man eigentlich nicht für möglich halten sollte.

Andererseits sind die Herren, die ja mit ihrer inneren Überzeugung nichts weniger gefunden sind, als hinter der Regierung Bauer-Erharder zu stehen, durchaus nicht so fürde. Beispielsweise wenn es sich um politische Verfügungen altdemokratischer Art handelt, pflegen sie zuweilen selbst den Ton anzugeben, unbekümmert darum, ob sie damit eine trage Herausforderung der gegenwärtigen Regierung tätigen oder nicht. Wenn es sich um Verfügungen regierungsfremden Geistes handelt, dann hört man nichts von Maßregelungen, hört man nichts von einem Vorgehen gegen die betreffenden Offiziere, die nach allem Landeshochgebrauch es mit ihrer Ehre vereinbaren können, ihre Dienste fort anzubieten, wo zurecht die besten Futtertrögen laßen. Oder die ansahnen wollen, bis wieder andere Zeiten mit einem Wilhelm oder Hindenburg an der Spitze das deutsche Reich beherrschen.

Die Offizierskaste, die dem alten Feudalgeist huldt, häufig in den ersten Monaten der Revolution vollständig, heute aber werden in ihren Bezirken die herausfordernden Stimmen laut. Es ist, als wolle sich die gegenwartseindliche Gesinnung dieser Herren sammeln, als wolle sie zeigen, daß sie sich nicht scheuen, die Regierung der Reichsregierung den Vorwurf nicht erlauben, daß sie den Dingen gegenüber zu läßig und unbekümmert zuhauert. Nun wissen wir ja, wie sich die Dinge entwickelt haben. Durch die fortschreitenden Schritte der Unabhängigen und Kommunisten geschnitten, sah sich die Regierung veranlaßt, die Offiziere zu nehmen, woher sie sie bekommen konnte. Häufig der Aufbau des Heeres in Nähe vor sich gehen können, dann wäre der Wehrminister in der Lage gewesen, sich brauchbare Elemente für die Führerstellen zu suchen, so aber mußte er ohne Federlebens nehmen, was sich ihm bot. Die Folge war, daß sich die Offiziersstellen mit reaktionären Elementen füllten, die ganz in den Anschauungen des alten Systems befangen waren. Diese Herren aber verstanden es, sich nicht auf den zehnen Zusammenstoß von einwärts, sich innerhalb des einzelnen Trupps zu sammeln, die Freiheit empfinden, die wurden an die Wand gedrückt, freihändig beseitigt, wirtschaftlich gemahnt. Diese Entstellung ist die Ursache der fortschreitenden Meinungen, die von der Führerschaft ausgehen. Aus ihrer monarchistischen Gesinnung und ihrer Abneigung gegen die Republik wissen diese Herren heute kein Gehl. Tag für Tag werden die trassierten Fälle gemeldet. Es sieht aus, als wollten einzelne der höheren und mittleren Offiziere zeigen, daß sie sich absolut gar nicht aus der Regierung machen, daß sie im Gegenteil dieser auf der Nase herumzuhüpfen gelernt sind.

Diese nicht mehr zu bestreitende Tatsache hat nun in der republikanisch gesinnten Bevölkerung, vor allem der Arbeiterchaft, eine große Beunruhigung wakgerufen. Man sieht und hört das herausfordernde Benehmen jener Herren, gegen die zu einem guten Teil die Revolution mitgeführt worden ist und schon besorgten Auges in die Zukunft. Man kann es nicht verstehen, warum der Reichswehrminister nicht ein Beispiel statuiert und sich einige der Herren herausgreift, deren Maß zum Ueberlaufen voll ist. Man kann es nicht verstehen, daß die Reichsbehörde, die doch im Erlaßen von Zeitungserboten, besonders gegen links, fast täglich großes verrichtet, daß sie nicht daran geht, jenen Offizieren, die nun einmal offenkundige Feinde der heutigen Staatsgrundzüge sind, das Maul zu stopfen.

Diese Beunruhigung ist nicht etwa nur bei den „unabhängigen“ und kommunistischen Arbeitern zu verzeichnen (die ja letzten Endes schuld an dieser traurigen Entwicklung innerhalb des Heeres sind), nein sie greift weit hinein in die mehrheitssozialistischen Kreise. Auch hier sieht man mit Befremden der Entwicklung der Dinge zu und vermißt beim Reichswehrminister die entscheidende Tat. Aus diesen Gefühlen heraus hat dieser Tage eine Parteiverammlung in Breslau eine Resolution angenommen, in der die Reichsregierung ersucht wird, „an Stelle des Genossen Klose, der anscheinend nicht in der Lage ist, der militärischen Reaktion Herr zu werden, einen Genossen zu bestimmen, der gewillt ist, den militärischen Beamten und Offizieren das Handwerk zu legen.“ Diese Breslauer Er-

säure in diesen Dingen nicht entscheidende Schritte, so machen sie sich unabhängig an deren weiteren Entwicklung! Wenn angeht die politischen Konstellation, die sich in der Zusammensetzung der Nationalversammlung ausdrückt, kann doch nur die Lage die sein, daß auch in der Reichswehr der republikanische Geist maßgebend ist, und daß dort die konterrevolutive Stimme, die in Reaktion und „oberstem Kriegsherrn“ ihr Ideal sieht, zu schweigen hat.

Wenn wir so uns mit aller Schärfe gegen die vorstehend gezeichnete Duldsamkeit der Regierung in diesen Dingen wenden, so wollen wir andererseits doch nicht übersehen, daß die Kreise, die am meisten über die genannten unlieb-samen Vorkommnisse jähern, daß die eine solche Entwicklung der Dinge geradezu gefördert haben. Die „unabhängigen“ und die Kommunisten, die stets bereit sind, jeden Eingriff obengezeichneten Art in agitatorischer Weise auszunutzen, ja, die ja schließlich von den Feinden, Sünden und Ungeschicklichkeiten der Regierung leben, haben wenig Grund, geistliche Mut zu lassen. Denn auch die anderen unlieb-samen Ausflüsse staatlicher Gewalt, wie Schußkraft, Zensur und Belagerungszustand, sind Dinge, die wir nur ihnen zu verdanken haben. Würden unsere „unabhängigen“ und kommunistischen Freunde jede Gewalttätigkeit oder Propaganda für Gewaltanwendung im politischen Kampf selbst vermeiden, würden sie das Mittel des Terrors verschmähen, dann köme die Regierung genötigt zur Anwendung dieser Zwangsmittel. Ihre un-demokratische Methode ist es gewesen, die dem alten reaktionären Herrschaftsgestalt wieder in den Sattel geholfen hat. Das wollen wir bei den Dingen nicht übersehen!

Die neue Antwortnote!

Bei der deutschen Vertretung in Versailles ist gestern mittag die Note des Obersten Rates an der von Deutschland ausgesetzten Aufrechterhaltung des Artikels 61 der Verfassung abgegeben worden. Clemenceau als Unterzeichner derselben, erklärt, daß der gegenwärtige Zustand unhalbar sei, worauf das Schriftstück fortsetzt:

Dieser Zustand darf nicht länger dauern. Die deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß, wenn die Verfassung und der Vertrag im Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgehen kann. Im Hinblick auf diese Anerkennung erwarten die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Regierung, daß sie ohne weiteren Verzug die Auslegung, die sie in ihrer Antwort vom 5. September 1919 den alliierten und assoziierten Mächten mitgeteilt hat, in einer diplomatischen Urkunde niederlegt, sowie daß diese Urkunde unverzüglich von einem bevollmächtigten Vertreter der deutschen Regierung in Gegenwart von Vertretern der alliierten und assoziierten Hauptmächte in Versailles unterzeichnet und innerhalb 14 Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen gesetzgebenden Gremien Deutschlands genehmigt werden muß.

Dann wird der deutschen Regierung nichts übrig bleiben, als das schriftlich zu bestätigen, was sie wie unsere Leser wissen, bereits vor zehn Tagen ausgeht hat. Nach Vorher Bedenken sollte nach Clemenceau die deutsche Antwort als ungenügend bezeichnet werden und der Vorschlag der Truppen nach kurzer Frist beginnen. Dagegen wandte sich der Amerikaner Polk. Die Konferenz schloß mit vier gegen eine Stimme den Antrag Clemenceaus ab und schloß sich der Auffassung Polks an.

Die Urkundenveröffentlichung

Gestern teilten wir mit, daß die auf den Krieg bezüglichen Urkunden gefast und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten. Die feierliche Erklärung wurde bekanntlich Herr und Frau Kautsky vorbereitet. Die Freiheit protestiert nun gegen die Ausschaltung Kautskys bei der Vorbereitung der Veröffentlichung der Urkunden über den Kriegsausbruch. Und wir müssen sagen, daß wir es auch gern gesehen hätten, wenn Karl Kautsky als Vertreter zu dieser Arbeit gezogen worden wäre. Die Gründe hierfür liegen nahe.

Die neue Republik.

Aus Frankfurt a. M. wird gemeldet: Gestern kam hier ein Reisender aus dem ehemaligen Fürstentum Württemberg an, der in seinem Reisebuche als Datum der Verfassungsbekunde einen Stempel mit den Worten hatte: République Française Province Württemberg.

Offenheit wird das Selbstbewußtsein der französischen Verbände in Württemberg recht bald durch den Einfluß der Amerikaner und Engländer ein wenig geschwächt.

Zur Einsicht gekommen!

Wie aus Graz berichtet wird, haben die Angehörigen der nationalistischen Gruppe der kommunistischen Partei Deutsch-Oesterreichs der sozialdemokratischen Landesparteiüberzeugung mitgeteilt, daß sie sich von der kommunistischen Partei losgesagt haben, weil sie zu der Erkenntnis gekommen seien, daß die Politik dieser Partei das Proletariat schädige und der Reaktion Vortrieb leiste.

An unsere Leser!

Das deutsche Volkswort, das alle Macht in die Hände des Rufes legt, ist fertiggestellt. Auf der Grundlage dieser freibleibenden Verfassung wird sich die zukünftige Gesetzesarbeit aufbauen haben.

Damit diese Gesetzesarbeit den Wünschen der breiten Massen des Volkes Rechnung trägt, ist es erforderlich, daß wir die gegenwärtige Regierung stützen. Daß insbesondere die Arbeiterchaft stets bereit ist, für das Ertrugene einzustehen.

Dreißter als je erleben heute die Anfänger des alten Systems ihre Stimme. Junker und Kapitalisten finden danach, wie sie am besten und schnellsten die neue Ordnung zum Laufen bringen können. Sie hoffen die Ordnung, die ihnen ihre alten Vorrechte nimmt und sie zum Jaßen der Kriegsschuld heranzieht! Kampf gegen das neue System ist ihre Losung.

Kampf muß daher auch unsere Losung sein! Bereitsein zur Verteidigung des Erreichten ist unsere Aufgabe. In diesem Kampf, in diesem Bewußtsein will die Republik der Arbeiterchaft ein Führer sein. Pflicht unserer Leser und Leserinnen ist es deshalb, für die Ausbreitung der Republik Sorge zu tragen! Ihre Abonnementsgeber stets fördern zu helfen!

klärung hat nun den offiziellen sozialdemokratischen Presse-dienst auf den Plan gerufen, der dieser Tage in einer Verlautbarung dahin Ausdruck gab, daß wohl Fehler vorhanden seien, daß diese aber nicht in der Person Kloses lägen, sondern in der viel zu isolierten Stellung, die Klose im Reichswehrministerium einnahm. Nicht ein anderer Reichswehrminister täte uns not, sondern eine Verstärkung des sozialdemokratischen Einflusses im Reichswehrministerium und im preußischen Kriegsministerium.

Diese Erklärung wird Vielen etwas fremd vorkommen. Wieser glaubte man immer, daß der Reichswehrminister innerhalb seines Ressorts auch absoluten Einfluß hätte und daß er sich seine Mitarbeiter selbstständig auswählen könne.

Und letzten Endes steht doch die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung hinter ihm! Aber wie dem auch sei: Der jetzige Zustand birgt in jeder Hinsicht große Gefahren in sich. Einmal bedeuten die herausfordernden Benehmen höherer Offiziere Signatur, die in gleichzeitigen volksfeindlichen Gemütern Egos wecken und wohl auch wecken sollen, zum andern aber hat das ungestrafte Verhalten dieser Herren zur Folge, daß man innerhalb der freihändig gesinnten Arbeiterchaft in dem Vertrauen zur gegenwärtigen Regierung wankend wird. Beides sind Gefahren, die man durchaus nicht unterschätzen soll. Wir fordern deshalb von der Regierung, wie auch von der Fraktion der in 14 Tagen wieder zusammenzutretenden Nationalversammlung dringend, daß sie dieser Frage erhöhte Aufmerksamkeit schenken. Ergreifen

Eine Stimme der Vernunft.

Wolff meldet aus Bern: Der Pariser Korrespondent des Berner Bund unterrichtet einige kühne Ansehungen zu Paris, die auf allen Bänken und auch bei Gemeinderäten Befall fanden, als Vorträge erklärte, Frankreich könne die Kriege im Reine erkämpfen. Frankreich solle mit Deutschland in weitestgehendem Sinne arbeiten. Alle müssten arbeiten, Franzosen wie Deutsche, und wenn sich die ganze Welt dazu an Werk machte, werde man überall das Vorgesagte wiederfinden können. Diese optimistischen Worte eines Mannes, der als erdachtener Kenner der wirtschaftlichen Verhältnisse gilt, fanden großen Beifall in der Kammer.

Um den Frieden.

Nach einer ergänzenden Reutermeldung aus Washington wurde der Friedensvertrag mit Deutschland zusammen mit dem Räterätervertrag dem Senat mit 45 Abänderungen und vielen Vorbehalten unterbreitet. Die Vorbehalte bezüglich des Friedensvertrages sehen das unbedingte Recht des Austritts aus dem Bunde vor. Die Hauptabänderungen fordern, daß Amerika die gleiche Stimmung erhält wie Großbritannien und Schantung an China statt an Japan gegeben wird. Reuter meldet aus Kapstadt, daß der Friedensvertrag mit Deutschland mit 84 gegen 19 Stimmen ratifiziert worden ist. Die Entente hat Bulgarien den Friedensvertrag überreicht und diesem 25 Tage Zeit gegeben, den Vertrag anzunehmen. Aus London wird gemeldet: Daily Herald erzählt aus Paris, daß laut dem jüngsten Privatnachrichten über 100 000 Personen, hauptsächlich Juden, von den Rumänen aus den Gebieten, über deren Staatszugehörigkeit mit Ungarn eine Einigkeit nicht zu erzielen war, vertrieben wurden. Die Rumänen sind der Ansicht, daß diese Juden im Falle einer Volksabstimmung jede andere Regierung einer zumeistigen Herrschaft vorziehen würden.

Heimkehr aus Feindesland.

Major Draubt, Vorsitzender der deutschen Hauptkommission für Kriegsgefangene bei den Friedensverhandlungen in Versailles, hat in Begleitung des englischen Staatsmannes G. C. Montagu Cook von der alliierten Mission in Versailles den Kriegsgefangenenlager von Douloens-sur-Mer erstmalig einen Besuch abgestattet. Major Draubt fand unsere Kriegsgefangenen in guter Beschaffung, gut aussehend, und zufriedenstellend gefesselt. Der erste Besuch der Kriegsgefangenen durch einen Vertreter der deutschen Hauptkommission in Versailles, jedoch fand Major Draubt unendlich viel Interesse bei den Kriegsgefangenen. Für die jetzigen Zustände in Deutschland ist es wurde mit Fragen befrachtet. Sie wollten wissen: „Wie sieht es mit der Heimat? Wie stellt sich Deutschlands Zukunft dar?“ Major Draubt hat in seinen Tagen der Entlohnungsarbeiten dem alten zum neuen Deutschland sich über und festgestellt, daß nicht zum wenigsten die wirtschaftliche Zukunft unseres Vaterlandes der meisten Kriegsgefangenen am Herzen lag. Das gibt uns den Mut, die Hoffnung auszusprechen, daß die Jugend, die in Feindesland bei gelitten hat, zurückkehren in die Heimat das ernste Vertrauen haben werde, mitzugeben in dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands.

Den Wäntern zufolge haben die niederländische Regierung und die in Betracht kommenden niederländischen Eisenbahngesellschaften dem Plan zugestimmt, die noch in England befindlichen deutschen Kriegsgefangenen in Transports mit je 2000 Mann über die Niederlande nach Deutschland zurückzuführen. Die Kriegsgefangenenfürsorge teilt mit: Die in Frankfurt a. M. gestellten Verhandlungen wegen Auslieferung der in amerikanischen Gewässern befindlichen Gefangenen führten zu dem Ergebnis, daß ab 18. September täglich 2000 Mann der in amerikanischen Gewässern befindlichen Kriegsgefangenen ausgeliefert werden.

Wie aus Indien gemeldet wird, fährt der deutsche Dampfer Moon im nächsten Monat von Singapur nach Europa. Er nimmt 1000 Deutsche mit, die früheren Bemerkungen der während des Krieges in indischen Gefäßen interniert gemessenen deutschen Schiffe.

Sie werden täglich dreister!

Der Vorwärts berichtet in seiner gestrigen Nummer: In letzter Zeit häufen sich die Fälle recht peinlicher Geldentaten des Störps Witthöft. Nachdem die Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokratie zwischen dem Opfer war, scheint man bei Witthöft wenigstens nicht an neuer Dreisterei zu sein. Diesmal handelt es sich um Passivitäten. Unser Genosse Erich Schlegler, Pariser Straße, hat in Gemeinschaft mit anderen bekannnten Führern der pazifistischen Bewegung das französische und deutsche Material über alle Besatzungsgebiete, das an gewissen Stellen Wiskollen erzeugt hat. Nebenfalls erfragen gelten bei den Besatzungsorganen angeforderte Offiziere in Paris, der bei den Hausbesuchern Ermordungen einzog und dabei Fäulung und Schmutz für die Besatzungs Org. in Aussicht stellte. Es würde uns interessieren, inwieweit wirklich kein Störps Witthöft die Sehnsucht nach neuem Skandal befehlt.

Reichskonferenz der „Unabhängigen“.

Die Reichskonferenz der Unabhängigen Sozialdemokratie befaßte sich in ihrer weiteren Beratung mit der Gewerkschaftsfrage, über die Koenen-Halle den Bericht erläuterte. Koenen wandte sich gegen die sozialistische Strömung in der Gewerkschaft und ebenfalls gegen die sozialistische gewerkschaftliche Bewegung, wie sie vom Kommunismus vertreten wird. Auch die Ausbildung von Betriebsorganisationen und ihre Zusammenfassung nach Industrien, die neuerdings von führenden Kommunisten und auch von einzelnen Mitgliedern der Unabhängigen Sozialdemokratie verfochten wird, lehnte Koenen als eine sozialistische Bewegung ab, die von der Unabhängigen Sozialdemokratie bestritten werden müsse. Für falsch erklärte er auch die Strömung, welche die Gewerkschaften für erledigt erklärt und lediglich das Rätekystem in den Vordergrund schiebt. Die Gewerkschaften würden noch wichtige Funktionen haben, besonders auch auf wirtschaftlichem Gebiet, ferner in der Vermittlung der Arbeitskraft und der Regelung des Beschäftigungs- und Fortbildungswesens. Der Unabhängigen Sozialdemokratie ermahnte die Aufgabe, auf die Opposition, die sich jetzt in den Gewerkschaften geltend mache, Einsatz zu gewinnen. Leider sei hier von der Parteileitung bisher zu wenig getan. Als Programmpunkte begrüßte Koenen die von der Zentralstelle der Betriebsräte aufgestellten Forderungen: Umgestaltung der Bureaukratie, Anerkennung der Betriebsräte als Organe der Sozialisierung, Abänderung des Unterwerfungsanspruchs zu besserer Berücksichtigung des Kampfbewusstseins, Anerkennung des Massenstreiks als eines politischen Kampfmittels. Das Rätekystem habe seine besonderen Aufgaben und Zwecke. Daneben behielten aber die Gewerkschaften ihre Bedeutung, nur müsse man den richtigen Geist in sie einbringen.

In der Aussprache stimmte man den Säßen des Berichtserstellers im wesentlichen zu und trat für die Gründung der Umlagekassen ab, aber für die Beschaffung einer Gewerkschaftsliste ein.

Hänisch über die neuen Schulfeiern.

Auf eine Anfrage des Provinzialschulinspektors Gabelens über die Teilnahme von Lehrern und Schülern an kirchlichen Veranstaltungen hat der preussische Unterrichtsminister folgenden Erlass den Regierungen und Provinzialschulinspektoren übermittelt:

„In den Schulfeiern mit religiösem Charakter gehören auch die Lehramtsangehörigen dieser kirchlichen Veranstaltungen angetreten und Schulgottesdienste, auch Schulmessen, gleichviel ob sie in der Schule selbst oder in einer benachbarten Kirche stattfinden, ob sie an Werktagen oder an Sonntagen gehalten werden. Schüler, die vom Religionsunterricht befreit sind, brauchen daran nicht teilzunehmen. Auch die übrigen Schüler sind nicht durch kirchlich-religiöse Mittel zum Besuch dieser kirchlichen Veranstaltungen angehalten. Die Befreiung vom Religionsunterricht findet zu Beginn des Schuljahres für das Schuljahr statt. Zu den kirchlichen Veranstaltungen außerhalb der Schule rechnen Gemeindegottesdienste, Prozessionen und andere kirchliche Feiern, die nicht Veranstaltungen der Schule sind.“

Der Krieg das Stahlbad der Völker.

Der Kriegsminister a. D. von Stein, der zu Beginn des Krieges Generalquartiermeister war, äußert sich in seinen „Erinnerungen“ über die Bundesgenossen Deutschlands folgendermaßen: „Die Bulgaren waren in geschäftlicher Beziehung sehr unbehagen. Sie verlangten alles ohne Gegenleistung und glaubten, dazu ein Recht zu haben. Ob ihnen in dieser Beziehung Zuforderungen gemacht sind, habe ich bis zuletzt nicht ergründen können. Sie konnten wichtige Bundesgenossen sein, so lange sie kräftig und treu blieben. Daher mußte das an sich arme Land unterstellt werden. Die Stellung und Eigenart der Bulgaren ist ihre Rolle. Die Machthaber forderten von ihnen in ungehöriger Weise, was das im Orient üblich ist und auch in demokratischen Staaten nicht unüblich ist (und infolge des Krieges bei vielen deutschen Stellen nicht mehr unmöglich war. D. Neb.). In Sofia hörte ich eine Erzählung von einem Minister, der gesagt haben sollte: „Der Z. hat ja auch viele Millionen gemacht, das ist unanständig.“ Der ein paar Millionen möchte ich auch haben.“ Es war sehr verständlich, daß die abnehmenden Offiziere und Beamten von den Veteranen Geld nahmen. Die Hauptfeinde waren Deutsche. Aber auch Oesterreicher suchten den Markt zu besetzen, bisweilen durch unsere Besatzungen an sie selbst.“

Bulgarien haben erzählt ganz offen, der Präsident Poincaré und der Oberkommandierende Avonm hätten von der Entente Geld genommen und den Bolschewismus in das Meer getragen.“

„Nur diese Verbündeten wurden bis zum Zusammenbruch in allen Tonarten gerühmt. Heute hören wir von den „Selben“ des Balkans und ihre Staatsmänner für Geld zu allem zu haben waren. Und in der Partei keine Aemter inne hätten. Letztere Behauptung konnte. Sogar Kaiser Paul soll für Parteigeld viel Bekanntheit gehabt haben. So saßen die Götzen aus, denen die Völker nicht nur Milliarden von Werten, sondern auch unerhörte Menschenopfer bringen mußten.“

Man nicht so hitzig!

Die Zeit fühlte sich vorgestern gemüht, uns als schamlose Verleumder zu bezeichnen, weil wir eine Notiz des Vorwärts wiedergegeben hatten, in der gesagt wurde, daß die Lohnverhältnisse in Köln aus „Unabhängigen“ mitwirkten.

Diese Tatsache beruht auf Wahrheit und wird auch von der „unabhängigen“ Presse und deren Parteileitung zugegeben. Nur wird von dieser Seite behauptet, daß die fraglichen Lohnverhältnisse in der Partei keine Aemter inne hätten. Letztere Behauptung wird jedoch in der Zukunft des Vorwärts bestritten und nachgewiesen, daß einer von ihnen Vorsitzender der Preiskommission der U. S. in Köln war und ein dritter „unabhängiger“ Vertreter im dortigen Arbeiterrat ist.

Wir stellen diese Sachverhalte mit und vermehren gleich dahinter, daß die Partei bekanntlich die Lohnverhältnisse gegen alle Lohnverhältnisse sei und die Verhältnisse schätzte. So ist der Sachverhalt, den auch die Zeit nicht anders deuten kann. Trotzdem schreibt sie, daß wir „in bekannter Gemeinmanier weiter verleumden.“

Politische Rundschau.

Politische Notizen. Die Vorbereitungen für die Einrichtung von Landesfinanzämtern sind soweit gediehen, daß in den nächsten Tagen mit ihrer Unterbringung an Ort und Stelle begonnen werden wird. — Das Mitglied der preussischen Landesversammlung Lorenz (deutsch-nat. Volkspartei) hat wegen Arbeitsbeschaffung sein Mandat niedergelegt. An seine Stelle tritt der Eisenbahn-Direktor Reichmannsdorf (sozialist. Partei). — Zum Oberbefehlshaber der Reichsverbände in Sachen ist General Maeder ernannt worden. — Der Volkswirtschaftsausschuss der internationalen Transportarbeitervereinigung beschloß, die erste internationale Versammlung der Berufsgruppen nach dem Krieg am 10. November d. J. einzuberufen. Auf den Kongress, der etwa 1 000 000 Arbeiter vertritt, sollen Angehörte aus allen fünf Weltteilen erscheinen. — Die seit einiger Zeit angebotene Neuregelung des Vertrages zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Berliner Metallindustrie hat nach kein Resultat gezeitigt. Ein Streik ist nicht ausgeschlossen. — Der allgemeine Eisenbahnerverband wendet sich in einer Entschuldig gegen die Wiedereinführung der Hüttenarbeit in der Eisenindustrie. — Wie die Freiheit mitteilt, hat der „Unabhängige“ Bagthner in den Minister seine das schriftliche Gesuchen gerichtet, im Gelegentheit zu geben, zu den für die Wiedereinführung benutzten Gründen sich zu äußern und ihm deshalb genaue Angaben über die Gründe zu machen. — Der Eisenbahnerbund der Nationaldemokraten hat gleichzeitig mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss am 23. September im Reichstagsgebäude zur Wiederaufnahme seiner Arbeit zusammen. — Das Reich hat sich grundsätzlich bereit erklärt, für die den Einzelstaaten entstehenden Kriegsschäden aufzukommen. — Aus M. emel wird unterm gestrigen berichtet: Aus Anlaß der Verhaftung des Vorsitzenden des freien Arbeiterrates Schmidt durch den Führer des hier liegenden Reichsleiters Gumbmann Schmidt, ist, wie das Bremer Dampfboot meldet, heute vormittag der Generalstreik erklärt worden.

Dolkwirtschaft.

Wirtschaftliche Notizen in Amerika. Einer Meldung zufolge wird die Weizenenernte in den Vereinigten Staaten auf 293 Millionen Scheffel geschätzt. Über 6 Millionen Scheffel mehr als im letzten Jahre und 20 Millionen mehr als der Durchschnitt der Ernte in den letzten fünf Jahren. Internationaler Messen und die Wiederherstellung des Weltverkehrs. Der Weltkrieg hat eine Umwälzung des gesamten Weltverkehrs herbeigeführt. Er hat den freien Handel außer Randes geholt. Er hat geschlossene Wirtschaftskreise geschaffen, deren Verbindung durch die wirtschaftliche Isolierung untereinander unterbrochen. Er hat auch die Binnenwirtschaft unter staatliche Aufsichtnahme und Konzentrierung gestellt. So waren alle Grundstoffe, auf denen die neuzeitliche Wirtschaft und der Güteraustausch beruht, aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt. Das hatte zur Folge, daß Handelsformen sich wieder bildeten, die man als barakt und endgültig überlebt erachtet hat. Daher sieht man nicht nur in Deutschland, sondern in fast allen west-

lichlich-orientierten Staaten Bestrebungen, die auf die Errichtung neuer Messen und die Entlohnung eines neuen Weltverkehrs abzielen. Während des Krieges wurde man bereits, ohne wieder zur Messen zu unterbreiten, die Messen schloßen sich. Auch den neutralen Staaten, in Schweden, in der Schweiz und ähnliche Bestrebungen mit größerem oder geringerem Erfolg unternommen worden. Geschichtlich hat sich die Messe in der gebundenen Weltwirtschaft entwickelt, in der nur der veräußerte Güterverkehr seine Waren verkaufen durfte, und in der Fremde von jedem Geschäftsbetrieb ausgeschlossen war. So wurden die Messen zwischen dem Osten und dem Westen und dem Nord und dem Süd als die periodische Befreiung von diesem unheimlichen Zwange erforderlich. Messe und Markt bildeten sich so als periodische Freistellung des Handels für Ein- und Ausfuhr; je mehr die jährliche Veräußerung Einengungen erfuhr, je mehr der Großhandel sich von Markt- und Bannrecht zu befreien mußte, um so mehr wuchs die Messe als Mittelpunkt des Güterauslaufs ihre Bedeutung. Eine nachdrückliche Einwirkung auf die heutige Wirtschaft brachte sie nur insofern aus, als sich ihr der ständige Markt in Westeuropa und Westasien, die Börse, entwickelte, deren Ausbildung wir zuerst in Frankfurt entsprechend seiner früheren Stellung als ersten Messplatz Deutschlands sehen, oder später für Waren, die nicht als Handelsobjekte in Betracht kommen, die Postämter als Schaustellung von Meublen holländischer Fabrikate von Bedeutung blieb. Leipzig hat im Gegensatz zu Frankfurt verstanden, dieser Messe eine immer steigende Ausbildung zu geben. So ist natürlich, daß die Leipziger Messe jenseit des Krieges den Reichsfinanzpunkt für die Messenbildung und Ausdehnung der Messenwirtschaft an sich, als es unmöglich war, für den Export der deutschen Industrie auf das alte Handelsinstrument der gebundenen Weltwirtschaft, die Messe, zurückzugreifen.

Mit dem Krieg hat die gebundene Weltwirtschaft ihr Ende nicht erreicht. Schon die Mündigkeit auf die Welt ist zu einer Kontrolle über die Einfuhr. Noch bestehen erhebliche Schwierigkeiten für den Messenverkehr mit dem Ausland. Die Industrie klagt nach Aufhebung der Zollbeschränkungen, weil die Erzeugung in die Einfuhr bringen, um den wichtigsten Bedarf zunächst zu decken, will man die Kaufmannschaft zuvor bewahren, zitiert im Ausland nach Messenquellen zu suchen, ohne ihr die Gewissheit der Einfuhrmöglichkeit vorzubereiten geben zu können, will man sie von der bürokratischen Handhabung der Einfuhrbewilligung freisetzen, und so in der Messenwirtschaft wieder anzuknüpfen, so ist der gegebene Weg für Einfuhr und Ausfuhr an zentralen Punkten des deutschen Handelsverkehrs die Kaufmannschaft von In- und Ausland auf Messen zusammenzuführen. Wie die Handelswege Deutschlands sich wieder neu nach Nord und Süden, West und Osten orientieren müssen, wird dieser neu gemachte Weg nicht ohne Schwierigkeiten sein. Die Messen orientieren lassen. Dem Messplatz Leipzig soll damit kein Abtrag geschehen; seine Ausgestaltung der Messenwelt wird für den Kaufmann unserer Ausfuhr gesteigerte Bedeutung gewinnen. Damit wird Leipzig entsprechend dem gegenwärtigen Bedürfnis eine Einkaufsmesse verbinden können und müssen, aber diese wird nicht die Voraussetzungen des gesamten deutschen Handels bestimmte Märkte beherrschen, oder ihnen die Messen bestimmter Bezirke obliegt, werden sie mit neuen Messenrichtungen ergänzen zur Seite stehen müssen. Das wird namentlich für West- und Süddeutschland der Fall sein. Die Befreiung des linken Rheingebiets hat für den deutschen Wirtschaft große Früchte gebracht. Diese Befreiung hat nicht nur politische Ziele, sondern vor allem auch wirtschaftliche. England, fast ostentativ von seiner Befreiung aus, Einfuhr auf den deutschen Markt zu gewinnen. Frankreich will an der Saar wie in Mainz Handelszentren schaffen, die mecklenburgische Prudenten für die Invasion französischer Waren abgeben sollen. Man wird von deutscher Seite dieser Entwicklung nicht müde zuhören dürfen, und vor allem nicht die Städte rechts des Rheins ihre alten Handelsbeziehungen nicht tamponis preisgeben. Von diesen Erwägungen aus hat Frankfurt sich entschlossen, seine alten Messenrichtungen neu zu beleben und in der ersten Oktoberhälfte eine Einkaufsmesse abzuhalten. Die Berechtigung dazu folgt aus seiner geographischen Lage, aus seinen Handelsbeziehungen zum Ausland wie aus dem Exporten seitens des Reichs, das die Anwesenheit des Krieges in Rhein gelegt hatte. Die finanzielle Stärke des Frankfurter Platzes und die Ausbildung seiner Bank- und Vorleistungsinstitutionen werden der Finanzierung der Einfuhr fähig zur Seite stehen können. Im gegenwärtigen Augenblick gilt es alle wirtschaftlichen Kräfte frei zu machen, um die notwendigen Einfuhr von Rohstoffen und Fertigprodukten zu ermöglichen und den freien Handel zu unterstützen, indem wir unsere Wirtschaft wieder zu einem Faktor in der Weltwirtschaft machen und einen leistungsfähigen Markt zur Aufnahme der Produkte des Auslandes wie zum Zustuhls unserer Rohstoffe schaffen. Ob hierfür die Einrichtung von Messen ein dauerndes Bedürfnis ist, wird sich zeitlich nicht beantworten lassen. Wenn die Schlußphase des Krieges erreicht hat, soll es fallen sein und die Handelsbeziehungen dem deutschen Handel wieder ohne Hemmnisse offen stehen, mag der Großhandel dieser Einrichtungen vielleicht wieder bestehen können. Gegenwärtig erscheinen sie notwendig zur Verjüngung unserer Märkte und zur Aufzucht unserer Handelsbeziehungen. Der Ausbau unserer Handelsbeziehungen entspricht auch vor dem Krieg mit all den Bestehen dem Lande, den sie in den älteren Handelszentren erreicht hatten, so vor allem nach Warenmärkten, Lagerstätten, Entlohnung des Handels, und Warenverkehrs anging. Der Grund lag in unseren politischen Verhältnissen, in der Vormacht der Agrarinteressen gegenüber dem Handel, aber auch teilweise in der Entwicklung unserer Wirtschaft, die so schnell vom Agrarstaat zum Industriestaat übergegangen war, ohne eine geschäftliche Verände des Weltmarktes auszuweisen zu lassen, wie sie England und Frankreich entwickelt hatten. Wie auch die politische Umwälzung auf unsere Wirtschaftsbereicherung einwirkte und wie sehr diese eine sozialistische Prägung erfahren mag, die Verbindung mit der Weltwirtschaft, die die Voraussetzung der Gesundung unserer Wirtschaft bildet, wird sich nur durch die Messen und Messenbildung unserer Handels und die Freimachung aller Kräfte für eine rege Handelsbetätigung erzielen lassen. Das erscheint aber in der Zeit des Uebergangs, die noch eine Zeit der Wundung ist, nur möglich, durch die Ausgestaltung internationaler Messen, für die unsere alten Messplätze wie Leipzig und Frankfurt in erster Reihe berufen sind. (Aus Nr. 2 der Frankf. Messzeitg.)

Reichspräsident Ebert hat an das Reichsanwalt ein Schreiben gerichtet, in dem er sagt, daß das, was er in Leipzig von deutschen Wirtschaftskreisen gesehen habe, in ihm die Überzeugung gefestigt habe, daß es der erpönten, heiligen Arbeit aller an Wirtschaftskreisen, Deutschlands interessierten Kreise gelingen wird, durch die gegenwärtig so schweren Zeiten hindurchzukommen und in wieder eine geordnete Stellung unter den Völkern zu schaffen. Ebert berichtet Wolff: In Oberösterreich ist alles ruhig. Es wird überall gearbeitet. Die Landesgouvernement hat über den Durchgang der Straßenüberführung vor dem Streik. Die Betrag in den letzten Tagen täglich durchschnittlich über 90 000 Löhnen. Nach Mitteilungen des Arbeiterrats in Wien erklärt sich die Brauereibetriebe der Großstadt Wien in Bewegung.

